

## **Antrag**

### **der Fraktion der PDS**

#### **Neue nukleare Abrüstungsinitiativen statt neuer Raketenabwehrprojekte**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bedauert die Absicht, in den Vereinigten Staaten von Amerika eine nationale Raketenabwehr (National Missile Defense) aufzubauen und appelliert an Kongress und Senat der USA, dem Aufbau der nationalen Raketenabwehr nicht zuzustimmen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ihre Ablehnung des NMD-Vorhabens und der einseitigen Aufkündigung des ABM-Vertrags deutlich zu machen,
2. zu erklären, dass sich die Bundesrepublik Deutschland an dem NMD-Projekt nicht beteiligen und seinen Aufbau in keiner Form unterstützen wird,
3. sich bei den europäischen NATO-Partnern und innerhalb der Europäischen Union für eine Initiative gegen das NMD-Vorhaben und für das Festhalten am ABM-Vertrag einzusetzen,
4. sich für neue nukleare und konventionelle Abrüstungsverhandlungen unter Einschluss der USA, der NATO, der EU, Russlands und Chinas einzusetzen, mit dem Ziel weiterer vertraglicher Beschränkungen sämtlicher Bestände an Personal und Waffen aller Kategorien, sowie einer Verbesserung der Rüstungskontrollmechanismen.

Berlin, den 12. Juli 2000

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

#### **Begründung**

Sicherheit ist ein hohes Gut. Die Tatsache der Weiterverbreitung modernster Waffentechnologie, die Gefahr der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und weitreichender Trägerraketen, ist beunruhigend. Die militärische Überlegenheit der westlichen Allianz ist jedoch so erdrückend, dass eine unmittelbare Gefährdung des Territoriums der Allianz auf absehbare Zeit nicht gegeben ist.

Zudem ist der Einstieg in neue, aufwendige Rüstungsprogramme die falsche Antwort auf dieses Problem. Den Gefahren von Aufrüstung und Proliferation kann letztlich nur durch Abrüstung und Einschränkung der Rüstungsexporte begegnet werden.

Internationale Anstrengungen, um den Gefahren der Proliferation von Massenvernichtungswaffen zu begegnen, sind zweifellos erforderlich. Dazu gehören insbesondere diplomatische Bemühungen in der Rüstungskontrollpolitik, Exportrestriktionen im Rüstungsbereich, Schritte zum Abbau der Massenvernichtungsarsenale und die schließliche allgemeine Ächtung dieser Waffen.

Europäische Sicherheit ist ohne Russland nicht zu erreichen. Globale Sicherheit verlangt die Kooperation mit Russland und China. Eine einseitige Aufkündigung des ABM-Vertrages durch die Vereinigten Staaten bzw. unilaterale Verstöße gegen den Vertrag gefährden einen Eckpfeiler internationaler Stabilität. Russland und China werden auf die geplante National Missile Defense mit neuen nuklearen Rüstungsanstrengungen antworten. Eine neue Rüstungskonkurrenz jedoch würde die erreichten Fortschritte in der nuklearen Abrüstung aufs Spiel setzen und damit die erreichte internationale Stabilität neuerlich gefährden.

Der Einstieg in eine neue Rüstungsspirale würde auch dazu führen, dass der Menschheit nicht unbeträchtliche Ressourcen entzogen würden, die für die Lösung der zunehmenden globalen Probleme benötigt werden. Milliardenbeträge, die in neue Waffen investiert werden, können nicht mehr für öffentliche Wohlfahrtsprogramme, für die Bekämpfung von Armut und Umweltkatastrophen aufgewandt werden. Diese Fehlleitung von Ressourcen trägt dazu bei, die Krisenpotentiale in der Welt zu vermehren und damit auch zur Gefahr zunehmender bewaffneter Konflikte. Der auf rüstungspolitische Antworten fixierte Drang nach Sicherheit verschärft somit nur die Sicherheitsprobleme.

Ein konfrontativer Ansatz kann nicht dazu beitragen, die Probleme der Welt im 21. Jahrhundert zu lösen. Verstärkte internationale Kooperation ist geboten, wenn die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Fragen der Gegenwart und Zukunft angegangen werden sollen. Es geht in der Welt von heute und morgen um gemeinsame Sicherheit. Deshalb sollten die Vereinten Nationen gestärkt werden. Es bedarf eines Interessensausgleichs zwischen den reicheren und den ärmeren Nationen ebenso wie internationaler Vereinbarungen über die Reduzierung der Rüstungsgefahren.

Die Absicht der USA, die Raketenabwehr als rein nationale Angelegenheit zu betrachten und ggf. im Alleingang ohne Konsultation und Abstimmung mit den NATO-Partnern aufzubauen, trübt das Verhältnis der USA zu den europäischen NATO-Partnern. Durch dieses wenig kooperative Vorgehen sähen sich die europäischen NATO-Partner zum einen vor vollendete Tatsachen gesetzt und wären gezwungen, ihre verteidigungs- und sicherheitspolitischen Strategien der neuen Lage anzupassen und zum anderen wären sie von der absehbaren Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und den USA erheblich und unmittelbar betroffen. Beeinträchtigungen der Beziehungen, die ebenfalls Europa berühren könnten, sind auch gegenüber China und anderen asiatischen Staaten absehbar.